

# Zwischen Politik und Arbeitsmarkt. Zum Wandel gewerkschaftlicher Eliten in Deutschland

*Anke Hassel*

In allen westlichen Industrieländern haben die Spitzen der Gewerkschaften, die Vorsitzenden und Vorstände der großen Gewerkschaftsorganisationen, im Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts ihren Platz in den nationalen Eliten gefunden. Hier wirken sie neben Unternehmensvertretern, Politikern und den Spitzen von Verwaltung, Wissenschaft und Justiz. Mit der Pluralisierung und Demokratisierung westlicher Gesellschaften erwuchs den Gewerkschaften die Funktion zu – ähnlich wie soziale Bewegungen und politische Parteien – über Selektion und Formierung von geeignetem Spitzenpersonal zur Elitenbildung beizutragen (Mills 1956: 262). Ihre Führungsriege wird von den eigenen Mitgliedern selbstverständlich als Teil der Elite angesehen und auch so behandelt: ihre Vorsitzenden und Vorstandsmitglieder verfügen über Dienstwagen mit Fahrern und über ein Einkommen, welches zwar nicht an das von Vorstandsmitgliedern großer Unternehmen heranreicht aber das von Regierungsmitgliedern übersteigen kann.

Im Unterschied zu Unternehmern und Politikern ist jedoch der Platz der Gewerkschafter in der nationalen Elite westlicher Industrieländer prekär. Eliten sind »diejenigen Führungspersonen, die in allen relevanten Gesellschaftssektoren Führungspositionen innehaben, von wo sie regelmäßig und maßgeblich an zentralen Entscheidungsprozessen mitwirken« (Kaina 2004: 9). Während Wirtschaft und Politik zu den Kernbereichen gesellschaftlicher Machtfelder gehören, deren Spitzen automatisch die nationale Elite einer Gesellschaft stellen, müssen sich Gewerkschafter ihren Platz in der Elite politisch erkämpfen. Eine demokratische soziale Marktwirtschaft kann auf Unternehmensvertreter oder Regierungsmitglieder in ihrer nationalen Elite nicht verzichten; Gewerkschaftsvertreter gehören hingegen nicht selbstverständlich zum Elitenkanon dazu.

Statt auf wirtschaftlicher Macht (wie bei Unternehmern) oder verfassungsrechtlichen Positionen (Regierungsvertretern) basiert der Anspruch der Gewerkschaften auf Teilhabe an der nationalen Elite auf ihrer gesellschaftlichen und politischen Macht. In Deutschland wird zwar die Position der Gewerkschaften verfassungsrechtlich durch Art. 9 III GG

geschützt, dies begründet aber an sich noch keine Teilhabe an politischen Entscheidungen.

Gewerkschaften sind vielmehr abhängig von der Loyalität ihrer Mitglieder beim gelegentlichen Machtbeweis gegenüber Wirtschaft und Politik sowie von der Zustimmung der Arbeitnehmerschaft über ihre Mitglieder hinaus. Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften ist freiwillig, und unterhalb einer bestimmten Mitgliederstärke ihrer Organisationen wird Gewerkschaftsführern der Anspruch auf Zugehörigkeit zur nationalen Elite verwehrt. Werden Gewerkschaften zu klein oder sind sie zu spezifisch organisiert, wie z. B. der Verband der Physikalischen Therapie als Vereinigung der Masseure und Physiotherapeuten, gehört ihr Spitzenpersonal nicht zur gesamtgesellschaftlichen Elite. Ähnliches gilt, wenn die Gewerkschaftsstruktur stark fragmentiert ist und keine zentralen Führungsgremien hervorbringt. Auch dann wird man ihre Vorsitzenden und Vorstände nicht zur nationalen Elite zählen.

In allen industrialisierten Ländern etablierten sich die Gewerkschaften in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als wesentliche politische Akteure und konnten ihre Stellung nach dem zweiten Weltkrieg institutionalisieren. Aufgrund der massiven Mobilisierung von Arbeitern während des Krieges, der Erfahrungen der großen Depression sowie der neuen keynesianischen Wirtschaftspolitik wurden Gewerkschaften im Nachkriegskompromiss in vielfacher Weise in politische Entscheidungsprozesse einbezogen. Allerdings variierte diese Einbeziehung der Gewerkschaften stark zwischen einzelnen Ländern. Während sie in pluralistisch geprägten angelsächsischen Ländern punktuell und instrumentell angelegt war, lebten insbesondere in kontinentaleuropäischen Ländern länger zurückliegende korporatistische Traditionen fort, die in einer Reihe von sozialpartnerschaftlichen Gremien und Institutionen mündeten.

Die gesellschaftliche und politische Macht, auf der der Zugang der Gewerkschaften zur politischen Elite in Deutschland basiert, findet ihren Ausdruck in drei wesentlichen Bereichen: ihrer Rolle als Tarifpartei, ihrem Zugriff auf die Sozialpolitik in sozialen Sicherungssystemen und durch ihren Einfluss auf das Parlament, sowie ihrer Verankerung in den politischen Parteien.

Die DGB-Gewerkschaften verfolgen die Interessen ihrer Mitglieder in erster Linie in sektoralen und regionalen Tarifverhandlungen. Die im internationalen Vergleich relative Zentralisierung der Tarifverhandlungen ermöglichen gewerkschaftliche Entscheidungsprozesse, die von den gewerkschaftlichen Zentralen zumindest beeinflusst wenn nicht gesteuert werden kann.

In der Sozialpolitik sind die Gewerkschaften an allen wesentlichen Selbstverwaltungsgremien der sozialen Sicherungssysteme beteiligt. Damit werden ihnen politische Gestaltungsmöglichkeiten übertragen, die in anderen Ländern allein der Politik obliegen.

In allen Industrieländern sind Gewerkschaften eng mit dem Parteiensystem verflochten. In Deutschland sollten die Gewerkschaften des DGBs alle parteipolitischen Strömungen repräsentieren (Prinzip der Einheitsgewerkschaft). In der Praxis führte dies jedoch traditionell zu einer hohen Bedeutung der parteipolitischen Zuordnung der Vorstandsmitglieder. Während die meisten Gewerkschaftsvorstände der SPD zuzurechnen sind, haben die großen Gewerkschaften sowohl auf der nationalen wie auch auf der regionalen Ebene Plätze für CDU Mitglieder reserviert. In den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts verstärkte die Idee der Einheitsgewerkschaft die parteipolitische Verankerung der Gewerkschaften statt sie zu schwächen.

Das wesentlichste strukturbildende Merkmal der deutschen Gewerkschaften ist das weitgehende Monopol der DGB-Gewerkschaften über ihre Mitgliedschaft. Es gibt keine ernsthaften Konkurrenten, die den DGB-Gewerkschaften ihre Tarifhoheit streitig machen können. Die DGB-Gewerkschaften vereinen heute über 90 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder auf sich; Konkurrenz zwischen Gewerkschaften findet nur in eng begrenzten Bereichen statt. Die Monopolstellung der DGB-Gewerkschaften befreit sie von Wettbewerbsorientierung und schützt sie weitgehend vor Kritik von innen. Sie erlaubt es dem DGB zudem als alleinige Vertretung von Arbeitnehmerinteressen aufzutreten. Mit Ausnahme des Vorstands des Deutschen Beamtenbunds schafft es kein Gewerkschaftsfunktionär außerhalb des DGBs zur deutschen Elite vorzustoßen.

Die betriebliche Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung verankert die Gewerkschaften in den Unternehmen und stärkt so ihre Macht in der Tarifpolitik. Dies führt jedoch nicht zu einer wirtschaftlichen Machtposition der Gewerkschaften, sondern indirekt zu einer Stärkung ihrer politischen Macht. Arbeitnehmervertreter in mitbestimmten Aufsichtsräten sind in den meisten Fällen nicht der Elite zuzurechnen, da die Mehrzahl von ihnen entweder einfache Mitarbeiter des Unternehmens oder ebenso einfache Gewerkschaftsfunktionäre sind. In den Fällen, in denen Gewerkschaftsvorstände auch Mitglieder der Arbeitnehmerbank mitbestimmter Aufsichtsräte sind, gehören sie aufgrund ihrer Vorstandstätigkeit zur nationalen Elite, nicht aufgrund ihrer Position in den Aufsichtsräten. Allerdings vermischen sich politische und wirtschaftliche

Macht in der Praxis, insbesondere in der Industriepolitik (z. B. in der Steinkohlesubventionierung).

Eine genuin wirtschaftliche Machtposition der Gewerkschaften bestand lediglich zu der Zeit der Gemeinwirtschaft von 1972 bis 1986, als die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zu den deutschen Großunternehmen gehörten und ihre Vorstandsvorsitzenden der Wirtschaftselite zuzurechnen waren (vgl. Hassel 2003).

Im Folgenden werden die langfristigen Entwicklungslinien in jedem dieser Teilbereiche kurz skizziert. Im Anschluss daran gehe ich auf die Veränderungen in der sozialen Herkunft und Ausbildungsverläufe der derzeitigen gewerkschaftlichen Elite ein. Zunächst jedoch werde ich die Position der Gewerkschaften im Rahmen der spezifischen Ausprägung der deutschen Elite als sektoral und funktional differenzierte Teileliten ohne gemeinsame soziale Gruppenidentität charakterisieren.

## I. Die sektorale Abgrenzung der deutschen Teileliten

Ralf Dahrendorf beschreibt die deutsche Nachkriegselite etwas herablassend als eine Schicht, die »vergleichsweise wenig Zusammenhalt, wenig subjektive oder objektive Solidarität aufweist. Es gibt kein Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Oberschicht, gar einer Elite, bei denen, die durch ihre Stellung ihr doch zugehören« (Dahrendorf 1968: 105). Auch Wolfgang Zapf lehnt den Begriff der Machtelite für die deutsche Elite ab, da sie im Vergleich zu den Beschreibungen von C. Mills über die amerikanische Machtelite nur wenig Austausch zwischen den einzelnen Teileliten aufweist (vgl. Zapf 1965). Aus der mangelnden Qualität der deutschen Elite als soziale Gruppe hat sich in der deutschen Forschung der Begriff der Positionseliten herausgebildet, deren Mitglieder allein aufgrund ihrer Funktionen zur Elite gehören und nicht aufgrund eines gemeinsamen sozialen Bewusstseins oder sozialen bzw. schulischen Hintergrunds wie z. B. die Absolventen von Eliteschulen und -universitäten in Großbritannien, Frankreich oder den USA.

Dies gilt nach der Potsdamer Elitenstudie generell für alle Teileliten, die relativ getrennt voneinander operieren. Vorstände großer Unternehmer werden in der Regel nicht Staatssekretäre; Bundesrichter werden keine Gewerkschaftsvorsitzende. Sie kennen sich meist auch nicht von gemeinsam verbrachten Universitätstagen. Nur in seltenen Fällen, wie z. B. im Fall von Lord Dahrendorf selbst, wechseln Personen von einer Teilelite zur anderen. Für Gewerkschaften gilt diese relative Unzugänglichkeit anderer Teileliten aus

zwei Gründen in besonderem Maße. Erstens verfügen sie in der Regel weder über den sozialen Hintergrund noch über die formalen Qualifikationen anderer Elitenmitglieder. Zwar hat heute fast die Hälfte der gewerkschaftlichen Elite einen Studienabschluss; jedoch ist dies im Vergleich zu den fast 80 Prozent der restlichen Elite relativ gering. Darüber hinaus gehören die Studienfächer der Gewerkschaftselite nicht zum Fächerkanon der Wirtschafts- und politischen Elite.<sup>1</sup>

Zweitens hat die formale Gleichbehandlung der beiden großen Konfliktparteien Kapital und Arbeit in den politischen Entscheidungssystemen dazu geführt, dass sich beide als Lager monolithisch und klar abgegrenzt gegenüberstehen. Trotz der Tatsache, dass sie in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte stärker kooperierten als jemals zuvor, hat sich für keine Seite die subjektive Klassenzugehörigkeit abgeschwächt. Wie in den Niederlanden der Konfessionskonflikt zu versäulten Interessenstrukturen führte, nahm in Deutschland die Institutionalisierung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit die Form zweier Säulen an, die aufeinander angewiesen waren und zur Kooperation gezwungen wurden, die sich in ihrem Selbstverständnis dennoch nicht als Partner oder gemeinsam verantwortlich definierten. Für die Gewerkschaftsspitzen war damit ihre Elitenzugehörigkeit unmittelbar mit der Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Arbeitnehmerlager verknüpft.

Ein direkter Wechsel von der Gewerkschaftselite zur Wirtschaftselite ist damit völlig ausgeschlossen. Selbst die starke Verankerung der Gewerkschaften in den Unternehmen, insbesondere durch die Position des von den Gewerkschaften nominierten Arbeitsdirektors in mitbestimmten Unternehmen hat nicht zu einem Austausch von Gewerkschafts- und Wirtschaftseliten geführt. Gewerkschaftliche Arbeitsdirektoren wechseln in der Regel nicht in das »normale« Management großer Unternehmen.

Auch die Manager und Vorstände der gewerkschaftseigenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wurden weder aus der Privatwirtschaft rekrutiert, noch wechselten sie nach dem Zusammenbruch der Gemeinwirtschaft dorthin. Alfons Lappas, letzter Vorstandsvorsitzender der

---

1 Die häufigsten Studienfächer der Gewerkschaftsvorstände sind Sozialpädagogik mit knapp 20 Prozent, gefolgt von Lehramtsstudiengängen. Dann erst folgen die klassischen »Elitefächer« Jura und VWL. Alle Angaben über die sozialen Merkmale der derzeitigen Gewerkschaftselite basieren auf einer Vollerhebung der geschäftsführenden Vorstände aller DGB-Gewerkschaften, der Bezirksleiter von DGB, IG Metall, Verdi und IGBCE sowie des DBBs zum Ende des Jahres 2004, insgesamt 121 Personen. Erhoben wurden soziodemographische Merkmale der Vorstände sowie Angaben zu politischen Ämtern und Parteizugehörigkeit. Die Angaben wurden mehrheitlich den Internetseiten der Gewerkschaften entnommen. In Einzelfällen wurde bei den Gewerkschaften vor Ort nachgefragt.

BGAG<sup>2</sup> war zuvor Finanzexperte des DGBs. Hans Matthöfer, der Abwickler der BGAG, war IG Metall-Funktionär und sozialdemokratischer Forschungs- und Finanzminister (vgl. Hassel 2003). Es gab unter den Spitzenmanagern der Gemeinwirtschaft bis in die 1990er Jahre keinen einzigen Vorstandsvorsitzenden, der aus der Privatwirtschaft kam. Auch für die Führung großer Unternehmen in Gewerkschaftseigentum war die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften bedeutsamer als die formale Qualifikation als Manager.

Für Gewerkschaften sind die einzigen Austauschpartner die großen Volksparteien und deren Regierungsämter. Gewerkschaftseliten wechseln – wenn überhaupt – in das Amt eines Arbeitsministers auf Länder- und Bundesebene und zwar sowohl unter christdemokratischen als auch unter sozialdemokratischen Regierungen. Von 1949 bis 2002 waren fünf der acht Arbeitsminister in ihrem vorigen Berufsfeld Mitglied eines Gewerkschaftsvorstands (Trampusch 2003: Tabelle 15). Diese Möglichkeit gibt es auch für untere Ränge der Gewerkschaftsfunktionäre, die in der Regel nur in die Politik oder in die Arbeitsagenturen wechseln und nur in Ausnahmefällen über ein politisches Amt in Führungspositionen anderer Bereiche (Abteilungsleiter Kanzleramt, Staatssekretär) kommen.

Es gibt einige wenige Fälle, in denen ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre später zur Wirtschaftselite aufsteigen konnten. Auch hier gelang dies nur auf dem Umweg über die Politik, wobei die ursprüngliche Sozialisation als Gewerkschaftsfunktionär einen relativ kurzen Zeitraum umfasst. Prominentes Beispiel ist Lothar Späth, ehemaliger Geschäftsführer der Neuen Heimat in Baden-Württemberg, der über das Amt des Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg den Umstieg zum Vorstandsvorsitzenden der Jenoptik erreichte. Ein weiteres Beispiel ist Alfred Tacke, ehemaliger Referent des DGB Niedersachsen, der nur aufgrund seines Aufstiegs von der Staatskanzlei Niedersachsens zum späteren Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zum Vorstand der STEAG werden konnte.

Umgekehrt gilt dies in noch stärkerem Maße. Kein Manager ist jemals zur Gewerkschaftselite gewechselt. Aber auch die Durchlässigkeit von der Politik zu den Gewerkschaften ist gering. Während die Politik Gewerkschaftsführer in hohe Ämter aufnimmt, gibt es nur wenige Fälle, wo Außenstehende hohe Gewerkschaftsämter eingenommen haben. Ausnahmen gibt es im öffentlichen Dienst. Die ÖTV wählte 1976 Monika Wulf-Mathies in den Vorstand und später zur Vorsitzenden, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl noch Abteilungsleiterin im Kanzleramt war. Frank Bsirske war unmittelbar vor seiner Wahl zum

---

<sup>2</sup> Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG.

Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Personaldezernent der Stadt Hannover.

Dabei hat die Durchlässigkeit zwischen den Teileliten im Zeitverlauf nicht zugenommen – eher das Gegenteil ist der Fall. Mit der zunehmenden Entfremdung zwischen Gewerkschaften und Parteien (siehe unten) und der zunehmenden Professionalisierung der Politik sinkt tendenziell die Zahl der Doppelfunktionäre in Partei und Gewerkschaft.

## II. Tarifpolitik: von zentraler Steuerung zur pluralistischen Regulierung

Die Tarifpolitik überträgt den Gewerkschaften Gestaltungsmacht zur Regulierung des Arbeitsmarkts. Diese Regulierungsmacht können Gewerkschaften in direkten oder indirekten Verhandlungen mit Regierungen in politische Macht umwandeln und so ihre Rolle als nationale Elite festigen.

In kaum einem anderen Land ist die Tarifpolitik so stark rechtlich kodifiziert und gleichzeitig staatsfern organisiert wie in Deutschland. Durch Art. 9 III GG wurde den Tarifparteien eine sehr weitgehende Autonomie zur Regulierung des Arbeitsmarktes eingeräumt. In Kombination mit der nahezu umfassenden Monopolstellung der DGB-Gewerkschaften werden den Industriegewerkschaften große Steuerungsmöglichkeiten in der Lohnentwicklung eingeräumt. Die Industriegewerkschaften des DGB sind mit den Arbeitgeberverbänden nahezu allein für die Regulierung von Löhnen zuständig. Dabei liegt der Schwerpunkt der Tarifpolitik auf regionalen und sektoralen Tarifverhandlungen, die von den Industriegewerkschaften geführt werden.

Diese im internationalen Vergleich mittelmäßig zentralisierte Tarifpolitik ermöglichte den Gewerkschaften über einen langen Zeitraum ein hohes Steuerungspotenzial über die Lohnentwicklung. Aufgrund der wichtigen Rolle der Löhne in der Wirtschaftspolitik waren daher Gewerkschaften auch in ihrer Rolle als Tarifpartei in politische Entscheidungsprozesse involviert. Dies galt insbesondere für die Zeit der Konzertierten Aktion, in deren Rahmen immer wieder über die Vereinbarung von Lohnleitlinien gesprochen wurde, die von den Gewerkschaften hätten umgesetzt werden müssen. Eine formalisierte Absprache über Löhne wurde jedoch in der Praxis durch die Orientierung der Lohnabschlüsse der Industriegewerkschaften an der restriktiven Geldpolitik der Bundesbank ersetzt und damit überflüssig (vgl. Streeck 1994).

Allerdings haben die Verhandlungen im Rahmen des zweiten Bündnis' für Arbeit (1998–2003) gezeigt, dass die DGB-Gewerkschaften, selbst wenn es notwendig wäre, formale Absprachen mit der Bundesregierung zu tarifpolitischen Themen nur schwer bewerkstelligen können. Dies hängt weniger mit den Prinzipien der Tarifautonomie zusammen als mit der schwachen Rolle des DGBs als Dachverband, der die Positionen der großen Industriegewerkschaften hätte koordinieren müssen. Da sich die tarifpolitischen Regulierungen industriespezifisch entwickelt haben, haben Konzessionen der Industriegewerkschaften zu einzelnen Themen unterschiedliche Rückwirkungen für die einzelnen Gewerkschaften. Diese konnten gewerkschaftsintern nicht vermittelt werden (vgl. Hassel 2003). Die formale Struktur des Bündnis für Arbeit, die die drei großen Industriegewerkschaften (IG Metall, IGBCE und Verdi) sowie den DGB als offizielle Repräsentanten der Gewerkschaften berücksichtigte, zementierte die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gewerkschaften, die wiederum nicht aufgelöst werden konnten.

Die seit Mitte der achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts deutlich zu beobachtende Dezentralisierung der Tarifpolitik durch die Zunahme der vom Tarifvertrag abweichenden betrieblichen Absprachen und Haustarifverträge bedroht die Rolle der Gewerkschaften als wichtiger wirtschaftspolitischer Akteur nicht unmittelbar. Die Mehrzahl der Haustarifverträge ist den Flächentarifverträgen noch immer sehr ähnlich und die meisten betrieblichen Absprachen sind zurzeit noch in regionale Tarifverträge eingebettet.

Langfristig bedeutsam sind vielmehr die zunehmende Erosion der Bindungskraft der Tarifverträge insgesamt, die schwache tarifpolitische Rolle der Gewerkschaften in den neuen Bundesländern sowie die zunehmenden politischen Herausforderungen an die Tariffähigkeit und die Regulierungsfähigkeit der DGB-Gewerkschaften. Die Tarifbindung der Unternehmen sinkt seit Beginn der Untersuchungen zur Tarifbindung in den neunziger Jahre kontinuierlich (vgl. Hassel 1999; Streeck/Hassel 2004). Je weniger Unternehmen noch der Tarifbindung unterliegen, desto stärker wird die Vorstellung in den Unternehmen, dass eine Lohnfindung im Unternehmen ohne Gewerkschaften möglich und wünschbar ist. Sind gewerkschaftlich ausgehandelte Löhne nur eine Möglichkeit unter mehreren, sinkt jedoch die wirtschaftspolitische Rolle der Tarifpolitik.

In den neuen Bundesländern ist die tarifpolitische Rolle der Gewerkschaften deutlich schwächer als in den alten Bundesländern. Nicht nur sind weniger Unternehmen überhaupt tarifgebunden; auch in den Bereichen, die zu den Kerngebieten der Tarifpolitik gehören, haben die Gewerkschaften nur geringe Regulierungsmöglichkeiten. In der Metallindustrie in Sachsen und



Berlin-Brandenburg konnte sich die IG Metall im Sommer 2003 erstmals mit ihren tarifpolitischen Forderungen nicht durchsetzen, nachdem sie seit den 70er Jahren jeden Arbeitskampf für sich entscheiden konnte. Im Verhältnis zu den Arbeitgebern aber auch mit Hinblick auf ihren politischen Einfluss war der verlorene Streik in Ostdeutschland ein wichtiger Wendepunkt für die langfristige Position der Gewerkschaften als wirksamer Akteur.

Letztlich entscheidend jedoch ist der Status der DGB-Industriegewerkschaften als alleiniger tariffähiger Verband. Die Absicherung des Monopolstatus der Gewerkschaften verläuft über das Tarifrecht. Traditionell hat die Rechtsprechung der Bundesarbeitsgerichte hohe Maßstäbe an die Tariffähigkeit der Verbände gelegt und so die Rolle von kleineren Gewerkschaften, wie z. B. den Christlichen Metallarbeitern, marginalisiert. Dieser starke rechtliche Schutz weicht jedoch langsam auf. Zum einen hat in einer Entscheidung vom Oktober 2004 das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGB) erstmals die Tariffähigkeit zuerkannt und dies im Kernland der IG Metall. Zum anderen wehren sich Arbeitgeberverbände gegen die Tariffähigkeit der DGB-Gewerkschaften aufgrund ihrer Mitgliederschwäche. Zum Beispiel hat die Elektroinnung beim Arbeitsgericht beantragt, der IG Metall Bayern die Tariffähigkeit absprechen zu lassen. Wenn sich die Tariffähigkeit in Zukunft nicht mehr an dem Kriterium eines im deutschen Verständnis der Arbeitsgerichte positiv interpretierten Kartells orientiert, sondern die Gerichte pluralistische Gewerkschaftsvertretungen zulassen, wird sich die bereits zu beobachtende Schwächung der zentralen Kontrolle der Gewerkschaften über die Tarifpolitik drastisch verstärken.

### III. Gewerkschaften im Parteiensystem

Gewerkschafts- und Parteiensysteme sind in allen europäischen Ländern stark miteinander verschränkt, da sie sich zeitgleich und mit Bezug aufeinander entwickelt haben (vgl. Ebbinghaus 1993). Die wichtigste politische Konfliktlinie im Prozess der Demokratisierung war der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, gefolgt von Konfessionskonflikten in einigen Ländern. Diese Konfliktlinien haben sich sowohl im Parteiensystem als auch im Gewerkschaftssystem niedergeschlagen.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften im Nationalsozialismus hat zu einer weitgehenden Neuorganisation nach dem zweiten Weltkrieg geführt. Da die politische Spaltung der Gewerkschaften als Schwäche der Weimarer Republik

angesehen wurde, entschieden sich die sozialistischen Gewerkschaften mehrheitlich für die politisch neutrale Einheitsgewerkschaft. Gewerkschaften sollten sich nicht wieder entlang politischer Kriterien spalten lassen. Die politische Vereinheitlichung der Gewerkschaften gelang auch weitgehend, bis auf die Abspaltung der Christlichen Gewerkschaften im Jahr 1957, die sich über die zu starke Orientierung des DGBs an der SPD beklagte.

Für die Gewerkschaften des DGB bedeutete die Idee der Einheitsgewerkschaft keine parteipolitische Enthaltensamkeit, sondern nur eine formale politische Offenheit gegenüber anderen Parteien als der SPD. Dafür wurden sowohl institutionelle als auch personelle Verschränkungen zu beiden großen Parteien, sowie in den fünfziger Jahren zur KPD ermöglicht. Die großen Industriegewerkschaften hatten und haben in ihren Vorständen einen Platz für ein CDU-Mitglied reserviert. Auf regionaler Ebene sind es bestimmte Verwaltungsstellen in den Industriegewerkschaften, die parteipolitisch an die CDU gebunden sind. In den großen Volksparteien wurden analog Strukturen zur Vertretung von Arbeitnehmerinteressen geschaffen, die mehrheitlich mit Gewerkschaftern besetzt wurden.<sup>3</sup> Die SPD-Spitze konsultiert zudem den Gewerkschaftsrat, der sich aus den Parteimitgliedern unter den DGB-Vorsitzenden zusammensetzt.

Insbesondere in den 1950er und 60er Jahren war die Ausbalancierung der parteipolitischen Orientierung der Vorstandsmitglieder von entscheidender Bedeutung. Alle Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften waren zugleich Parteimitglieder, wie zwei Studien in den siebziger Jahren feststellten. Während die Sitze der KPD dabei allmählich verschwanden, blieb der Anteil der CDU Mitglieder unter den Vorständen weitgehend stabil. Von 1945 bis 1975 waren es knapp 18 Prozent (Jühe 1977: 45).

Für die Besetzung eines Vorstandsamts hat sowohl die parteipolitische Zugehörigkeit als auch die Berücksichtigung der CDU in den meisten Gewerkschaften deutlich an Bedeutung verloren. Das Beispiel der IG Metall zeigt die Dominanz der SPD unter den gewerkschaftlichen Spitzen. Von den 7 Mitgliedern des derzeitigen geschäftsführenden Vorstands und den 7 Bezirksleitern der IG Metall gehören 13 der SPD und einer der CDU an. Auch in DGB, Verdi und IGBCE lässt sich gegenwärtig auf Bundesebene jeweils nur ein CDU-Mitglied finden. Von den 57 Vorstandsmitgliedern, für die Angaben über Parteimitgliedschaften zum Zeitpunkt Ende 2004 vorliegen, waren 50 (88 Prozent) bei der SPD, 4 (7 Prozent) bei der CDU, einer bei

---

<sup>3</sup> Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) und die Christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft bei der CDU (CDA).

Bündnis 90/Die Grünen und 2 Landesvorsitzende explizit parteilos.<sup>4</sup> Die Zahl der Vertreter der CDU hat demnach in den Gremien der DGB-Gewerkschaften stark abgenommen. Es gibt heute auch keinen Vorsitzenden einer DGB-Gewerkschaft, der CDU Mitglied ist, wie dies mit Hermann Lutz – Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei von 1986 bis 1998 – der Fall war.

Zugleich konnte sich keine andere Partei in den Gewerkschaftsvorständen etablieren. Das deutsche Parteiensystem hat sich in den achtziger und neunziger Jahren mit den Wahlerfolgen der Partei der Grünen und der PDS stark ausdifferenziert. Beide Parteien konnten jedoch nicht in den Vorständen der Gewerkschaften Fuß fassen, obwohl beide Parteien eindeutig links von der Mitte angesiedelt sind und Sympathien für die Interessen von Arbeitnehmern haben. Die PDS hat zudem eigene Arbeitsgemeinschaften zum Thema »Betrieb und Gewerkschaften« und versucht Einfluss auf die Gewerkschaften zu nehmen. Doch selbst in Ostdeutschland findet sich unter den Bezirksleitern der großen Gewerkschaften nur ein bekennendes PDS Mitglied, auch wenn viele Gewerkschaftsfunktionäre in den Wendejahren mit Vorliebe für die PDS in die neuen Bundesländer gingen. Die Mitgliedschaft des Verdi-Vorsitzenden Birske bei Bündnis 90/Die Grünen ist dabei die Ausnahme von der Regel.

Als Folge sind die Spitzen der DGB-Gewerkschaften heute mehr denn je auf die Sozialdemokratie konzentriert. Die Idee der politischen Einheit der Arbeiterbewegung, die der Einheitsgewerkschaft zugrunde liegt, wich einer politischen Festlegung auf die SPD. An diesem Zustand ändert ein gelegentlicher Schulterchluss des DGBs mit der CDU wenig. Es bleibt abzuwarten, wie die offene Unterstützung der im Februar 2005 gegründeten Linkspartei Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) durch eine Reihe von Ortsbevollmächtigten der IG Metall die politische Orientierung der Gewerkschaftsführung langfristig beeinflussen wird.<sup>5</sup>

Mit Ausnahme der SPD verbindet die Gewerkschaften mit den Parteien keine gemeinsame Identität. Trotz der Nähe zur katholischen Soziallehre und der institutionellen Verschränkung mit der CDU hat sich die Tradition der christlichen Arbeiterbewegung innerhalb des DGBs nicht im gleichen Maße verankern können wie die sozialdemokratische Tradition. Die gemeinsamen

---

4 Einer von ihnen ist letzten Sommer im Rahmen der Proteste gegen Hartz IV aus der SPD ausgetreten. Mittlerweile ist er Mitglied der PDS und Bundestagsabgeordneter.

5 Obwohl einige Bundesvorstandsmitglieder der WASG zugleich Ortsbevollmächtigte der IG Metall sind, hat die IG Metall Führung bislang darauf verzichtet, sich zu deren parteipolitischen Aktivitäten zu äußern. IG Metall Vorsitzender Jürgen Peters hat sich hingegen mehrmals in diesem Zusammenhang zu seiner Mitgliedschaft in der SPD bekannt. Gleichwohl hat die Gewerkschaftsführung auch nichts unternommen, die Parteigründung und ihre indirekte Finanzierung aus Gewerkschaftskassen zu unterbinden.

Wurzeln der sozialistischen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie haben sich im Laufe der Zeit auch gegenüber dem nach dem zweiten Weltkrieg beschlossenen Prinzip der Einheitsgewerkschaft zunehmend durchgesetzt.

Gleichwohl ist die Distanz zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien insgesamt, einschließlich der SPD, in den achtziger und neunziger Jahren gewachsen. Die Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften ist beidseitig.

In den achtziger Jahren wurden die Gewerkschaften wegen ihrer Politik der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich von der SPD-Spitze heftig kritisiert. Gleichzeitig wandten sich einige Gewerkschaften offensiv der Friedensbewegung zu.

Auf der Seite der Gewerkschaften ist die Beobachtung, dass heute ein beträchtlicher Teil der Gewerkschaftsvorstände nur ungern über ihre Parteimitgliedschaften Auskunft geben, ein Anzeichen für ihre zunehmende Distanzierung von den Parteien. Die Gewerkschaftsvorstände sehen ihre Parteiaktivitäten als ihre Privatangelegenheit an, die nicht veröffentlicht werden muss oder sollte. Selbst die Mitarbeiter in den Stäben der Gewerkschaften wissen über Parteimitgliedschaften nur von denjenigen, die es offensiv auf ihrer Webpage angeben oder politische Ämter innehaben.<sup>6</sup> Zum Beispiel ist in der Pressestelle der GEW nur die SPD Mitgliedschaft ihrer Vorsitzenden Eva-Maria Stange bekannt, da diese an den Treffen des Gewerkschaftsrats der SPD teilnimmt. Direkt befragt, lehnten es die anderen Vorstandsmitglieder ab, über ihre Parteimitgliedschaft Auskunft zu geben.<sup>7</sup>

Bereits in den achtziger Jahren befand Hartmut Grewe, dass die »traditionell enge Verklammerung von parlamentarischer Arbeit und Verbandspolitik in entsprechenden Personalunion durch die Spitzenfunktionäre der ›Steinkühler-Hensche-Generation<sup>8</sup> aufgekündigt worden« sei (Grewe 1988: 98). Die Gewerkschaften definierten sich zunehmend als eigenständiger politischer Verband, der eher auf sich selbst und auf Allianzen mit sozialen Bewegungen vertraut als auf die Vermittlung ihrer

---

6 Mitarbeiter der Grundsatzabteilung des DGB und von Verdi wussten z. B. nur dort von Parteizugehörigkeit ihrer Vorstandsmitglieder, wo es auch auf der webpage bekannt gemacht wurde.

7 Auf Anfrage haben es z. B. die Vorstandsmitglieder der GEW abgelehnt, Angaben über Parteimitgliedschaften zu machen, auch wenn diese nur anonymisiert benutzt werden würden. Die meisten anderen Gewerkschaften haben auf diesbezügliche Anfragen nicht einmal geantwortet.

8 Franz Steinkühler war Vorsitzender der IG Metall von 1986 bis 1993; Detlef Hensche Vorsitzender der IG Medien bis zur Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi im Jahr 2000. Detlef Hensche sympathisiert seither öffentlich mit der WASG/PDS.

Interessen in den Parlamenten.<sup>9</sup> Diese Entwicklung hat sich in den letzten zwanzig Jahren weiter fortgesetzt mit der Folge, dass die zurückgehende Verflechtung von Politik und Gewerkschaften es der Politik ermöglicht, den nach wie vor großen gewerkschaftlichen Einfluss zurückzudrängen.

#### IV. Einflussverlust in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Bis zum Ende der siebziger Jahre war der Einfluss der Gewerkschaften in den politischen Institutionen der deutschen Politik stetig angestiegen. Die arbeitsrechtliche Absicherung der Arbeitnehmer, die sozialrechtliche Gleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten, der Ausbau der Mitbestimmung und die steigende Bedeutung der Bundesanstalt für Arbeit aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit führten zu einem stetigen Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen sowie zu umfassenden Konsultations- und Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in der Politik.

In der politischen Debatte über die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hat sich im Laufe der Zeit ein parteienübergreifender Kanon von Überzeugungen herausgebildet, der im Grunde die Interessen und Ziele der Gewerkschaften stets mitbedachte und berücksichtigte. Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der achtziger und neunziger Jahre war in vielen Bereichen identisch mit Gewerkschaftspolitik.

Dieser Kanon ging davon aus, dass das deutsche Modell eine sich gegenseitig befruchtende Symbiose von hohen Arbeitskosten, hoher Regulierungsdichte und hoher Produktivität sei. Gerade weil der Standort Deutschland teuer sei, müssten Unternehmen innovativ und produktiv bleiben. Weil die Produktivität rasant steige, müsse die Arbeitszeit kürzer werden. Niedriglohnsegmente, selbst wenn sie steuerlich subventioniert und damit den Arbeitnehmern Lohnniveaus über der Sozialhilfe sichern würden, würden den Arbeitsmarkt nicht entlasten, sondern lediglich Druck auf das allgemeine Lohnniveau ausüben. Im Interesse des Erhalts des hoch produktiven Modells sei es besser, niedrig bezahlte Arbeit zu verhindern.

In der Arbeitsmarktpolitik ging man davon aus, dass die Nachfrage nach Arbeit in der modernen Industriegesellschaft zum einen begrenzt sei und zum anderen durch fortschreitenden technologischen Wandel permanent reduziert werde. Je produktiver die Arbeitsorganisation, desto weniger Menschen

---

<sup>9</sup> Einige Gewerkschaften sind formal Mitglied bei der globalisierungskritischen Organisation ATTAC und pflegen Kontakte zu anderen politischen Bewegungen.

würden im Arbeitsprozess benötigt. Um dennoch genügend Menschen beschäftigen zu können, Arbeitslosigkeit zu reduzieren und vor allem die Konkurrenz unter den Arbeitnehmern so gering wie möglich zu halten, verfiel man auf die Idee, über Beschäftigungsprogramme und Frühverrentung das Arbeitsangebot zu verknappen. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik sei in jedem Fall besser als eine rein passive Gewährleistung von Lohnersatzleistungen: Durch die aktive Arbeitsmarktpolitik sollte die Zeit der Arbeitslosigkeit sinnvoll genutzt werden, indem Arbeitslose in Qualifizierungsmaßnahmen weiter gebildet oder in Beschäftigungsprogrammen weiter in das Arbeitsleben integriert wurden. Da der Markt von alleine weder Qualifizierung noch Beschäftigungsprogramme anbot, wurden diese Maßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit und in vielen Fällen durch die Beauftragung gewerkschaftseigener Bildungseinrichtungen aufwändig organisiert.

Die große Koalition in der Sozialpolitik beruhte auf einem hohen Einfluss der Gewerkschaften im deutschen Bundestag und ihrer Verankerung in den Verwaltungsräten der sozialen Sicherungssysteme. Die Gewerkschaften sind als Vertreter der Arbeitnehmer gleichberechtigt mit den Arbeitgebern in den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen, der Bundesversicherungsanstalt sowie der Bundesagentur für Arbeit vertreten. In dieser Eigenschaft wirken sie zwar nicht direkt an der Gestaltung der politischen Entscheidungen mit, sind aber an deren Umsetzung beteiligt. Da sie zugleich auch in den politischen Gremien vertreten sind, haben Gewerkschaften einen doppelten Zugriff auf die Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

1976 erreichte der gewerkschaftliche Organisationsgrad aller Bundestagsabgeordneten mit 54 Prozent seinen Höhepunkt (Trampusch 2003: Tabelle 10). Von den SPD Abgeordneten waren in den achtziger Jahren 97 Prozent Mitglied einer Gewerkschaft und 20 Prozent der CDU Abgeordneten (ebd.).

Gewerkschaftlich organisierte und interessierte Abgeordnete fanden sich insbesondere im Ausschuss für Soziales und Arbeit, in dem die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung federführend vorbereitet wurde. Zwischen 1976 und 1998 waren sowohl die Ausschussvorsitzenden (alle SPD) als auch ihre Stellvertreter (alle CDU) Mitglied einer Gewerkschaft, in der Regel einer DGB-Gewerkschaft (ebd.: Tabelle 14).<sup>10</sup> Zudem waren in dem Ausschuss Gewerkschafter in führenden Positionen tätig. Zum Beispiel war der damalige Vorsitzende der IG Chemie Hermann Rappe von 1976 bis 1983 Vorsitzender des Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und hat in dieser

---

<sup>10</sup> In der Wahlperiode 1998-2001 kamen die Stellvertreterinnen aus der PDS (Trampusch 2003: Tabelle 14).

Eigenschaft maßgeblich an Weichenstellung der Frühverrentung mitgewirkt (ebd.).

Ab den frühen achtziger Jahren begann sich das Blatt jedoch zu wenden. Der Ausbruch der FDP aus der sozialliberalen Koalition hatte ein gewerkschaftsfernes wirtschaftspolitisches Programm zum Anlass, das sich jedoch auch mit der CDU nicht durchführen ließ. Während die Sozialpolitik auch in den achtziger und neunziger Jahren mit der steigenden Frühverrentung und der Pflegeversicherung weitere Sicherungsleistungen einführte und Arbeitsminister Norbert Blüm sich weiterhin am etablierten sozialpolitischen Kanon orientierte, wandte sich die Bundesregierung Kohl zunehmend von den Gewerkschaften ab. Die Auseinandersetzung im Jahr 1986/87 um den Bezug von Lohnersatzleistungen für die Dauer von Arbeitskämpfen war der erste Schritt in Richtung der Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte seit Kriegsende.

Im Verlauf der deutschen Wiedervereinigung näherten sich zwar Bundesregierung und Gewerkschaften im Rahmen der Kanzlerrunden wieder einander an, um den Übergang möglichst ohne Konflikte mit den Gewerkschaften zu organisieren. Aber schon im ersten Bündnis für Arbeit 1996 zeigte sich deutlich, dass die Bundesregierung nicht mehr willens war weiter auf die Interessen der Gewerkschaften einzugehen. Dieser Prozess wiederholte sich in ähnlicher Weise im zweiten Bündnis für Arbeit, wenn man einmal von der gewerkschaftsfreundlichen Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 2001 absieht.

Die nachlassende Wertschätzung der Gewerkschaften in den politischen Auseinandersetzungen zeigt sich auch in der Kontakthäufigkeit der Eliten untereinander. Die Potsdamer Elitenstudie von 1995 berichtet, dass im Vergleich zu den frühen 1980er Jahren die Gewerkschaften die Teilelite waren, die die stärksten Verluste bei ihren Kontakten zu Politik zu verzeichnen hatten. Sie wurden von den anderen Eliten zunehmend nicht zur Kenntnis genommen (Sauer 2000: 209). Ein ähnliches Ergebnis findet man bei der Gewerkschaftsorientierung von Bundestagsabgeordneten. In der Bundestagsfraktion der CDU ist heute nur noch 1 Prozent der Abgeordneten Gewerkschaftsmitglied.<sup>11</sup> Bei der SPD ist der Anteil auf nunmehr 80 Prozent gesunken (Trampusch 2003: Tabelle 10).

Während Gewerkschafter bis dahin in allen Parlamenten stark vertreten waren, lässt sich in den achtziger Jahren ein beträchtlicher Rückgang ihrer Anzahl beobachten. Dieser Prozess betrifft allerdings sämtliche

---

<sup>11</sup> Darin zeigt sich auch die oben beschriebene starke Entfremdung zwischen CDU und den DGB-Gewerkschaften.

Verbändevertreter, die insbesondere bei der Bundestagswahl 1983 erheblich an Präsenz in den Fraktionen der großen Parteien verloren haben.<sup>12</sup> Für die Gewerkschaftsvertreter kann eine veränderte Strategie bei der Kandidatenaufstellung der SPD verantwortlich sein, da die Gewerkschaften nach dem Neue Heimat Skandal (1982) mit erheblichen Reputationsproblemen zu kämpfen hatten.

Zwischen 1949 und 1968 waren von den Gewerkschaftsvorständen noch 15 Prozent in Landtagen oder im Bundestag vertreten (Grewe 1988, 97). Dagegen sind von der heutigen Vorstandsgeneration nur noch 8 Prozent Mitglied eines Landesparlaments oder des Bundestages. Zudem hat in der derzeitigen Wahlperiode kein Gewerkschaftsvorsitzender mehr einen Sitz im Parlament. Im 16. Deutschen Bundestag sind die ranghöchsten Gewerkschafter Andreas Steppuhn, Vorstandsmitglied der IG Bau (SPD), und Frank Spieth, DGB-Landesvorsitzender Thüringen (PDS). Im Vergleich dazu waren noch Mitte der achtziger Jahre drei Gewerkschaftsvorsitzende Mitglied im deutschen Bundestag: Hermann Rappe (IG Chemie), Werner Meyer (IGBE) und Ernst Haar (GdED, heute Transnet) (Grewe 1988: 97).

Eine stärkere Verflechtung der Gewerkschaften mit der Politik findet man, wenn man die Landesparlamente betrachtet. Vier Vorstandsmitglieder oder Bezirksvorsitzende des DGB sind zugleich Mitglied in einem Landesparlament, drei von der IG BCE und eines von der IG BAU. Dies mag damit zusammenhängen, dass ein Landtagsmandat in der Regel weniger aufwändig ist und sich eher mit einer Funktionärstätigkeit verbinden lässt. Es könnte aber auch darauf hinweisen, dass die Entflechtung zwischen Verbänden und Politik sich zunächst auf der Bundesebene vollzieht und erst später die eher traditionellen Landesparlamente erreicht. Für den Zeitraum der achtziger Jahre kam eine Untersuchung zu dem Ergebnis, dass 36 Prozent der politisch aktiven Gewerkschafter Mitglieder in Landesparlamenten und 28 Prozent im Bundestag waren (ebd.). Schon damals ließ sich beobachten, dass die Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Mandats bei den älteren Funktionären bedeutend ausgeprägter war als bei den jüngeren. Heute hat sich dieser Trend weiter verstärkt und insbesondere das Engagement in der Bundespolitik hat massiv nachgelassen.

Die Agenda 2010, die mit den Grundsätzen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Nachkriegsära erstmals offen brach, hat damit nur Entwicklungen nachvollzogen, die sich bereits seit längerem in den Strukturen der Parteien und der Parlamentsarbeit abgezeichnet hatten. Während in der

---

<sup>12</sup> So die Ergebnisse von Jens Borchert, die von ihm im Rahmen des 4. Workshop »Eliten nach dem Korporatismus« der AG Eliten-Integration am 14. Januar 2005 präsentiert wurden.



Vergangenheit die Politik zu einem großen Teil aus der Vertretung organisierter Interessen bestand, haben sich die heutigen Politikergenerationen stärker professionalisiert und ein eigenes Profil entwickelt (vgl. Trampusch 2004). Auch für die SPD sind Gewerkschaftsfunktionäre heute nicht mehr automatisch gute Kandidaten für Landesparlamente und den Bundestag, da auch sie unter einem Modernisierungsdruck steht. Mit der Wahl von Wolfgang Clement zum Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit hat sich die SPD klar von der früheren Tradition, Arbeitsminister mit Gewerkschaftskarrieren zu bestellen, distanziert.

Durch die Reformen der Agenda 2010 wurde zudem erstmals Hand an die Selbstverwaltungsgremien der sozialen Sicherungssysteme angelegt. Die Reformen zu Hartz III reduzierten den Einfluss des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit und schaffte die Selbstverwaltung auf Landesebene ab. Dass es dazu kommen konnte, spiegelt deutlich die Verdrängung der Verbände aus der Sozialpolitik wider.

## V. Gewerkschaftliche Elitenrekrutierung: partielle Modernisierung

Wie auch in anderen Teileliten lassen sich bei den Gewerkschaften Tendenzen zur Modernisierung beobachten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Vertretung von Frauen in Gewerkschaftsvorständen und die zunehmende Zahl von Vorständen, die ein Studium absolviert haben. Hier nehmen die Gewerkschaften an allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen teil. Auch die massive Unterrepräsentierung Ostdeutscher in den Gewerkschaftsvorständen (lediglich 6 Prozent der Vorstände stammen aus den neuen Ländern) ist ebenso für andere Teileliten typisch. Allerdings unterscheiden sich diese Modernisierungstendenzen von Gewerkschaft zu Gewerkschaft.

Insgesamt hat sich das Profil der Mehrzahl der Gewerkschaftsvorstände in den letzten dreißig Jahren kaum verändert: das durchschnittliche Vorstandsmitglied einer Gewerkschaft ist männlich, 53 Jahre alt und jeder Zweite hat eine betriebliche Ausbildung. Nach einer Phase der Berufstätigkeit im erlernten Beruf von durchschnittlich 10 Jahren tritt er als einfacher Gewerkschaftsfunktionär in den Dienst der Gewerkschaft und arbeitet sich langsam nach oben. Die Gewerkschaftsvorstände verbringen im Schnitt 23 Jahre als Gewerkschaftsfunktionär bevor sie in den Vorstand gewählt werden. Eintritte in die Vorstände von außen sind selten (wie z. B. im Fall Bsirske).

Die Betrachtung des typischen Gewerkschaftsvorstands verdeckt jedoch eine Varianz an Gewerkschaftseliten, die auf eine teilweise Modernisierung hinweist: heute sind 24 Prozent der Gewerkschaftsvorstände Frauen im Vergleich zu 7 Prozent im Jahr 1975 (Jühe 1977: 39). Im Vergleich dazu hat sich in der gesamten deutschen Elite der Frauenanteil lediglich von 2 Prozent (1968) auf 13 Prozent (1995) erhöht (Kaina 2004: 11). In der Politik ist jedoch der Frauenanteil aufgrund der verschiedenen Quotierungsregelungen mit 38 Prozent noch höher als in den Gewerkschaften (Schnapp 1997: 95).

Einen hohen Frauenanteil in den Vorständen findet man in den Gewerkschaften mit einer großen weiblichen Mitgliedschaft wie z. B. der GEW (50 Prozent Frauenanteil im Vorstand) und Verdi (27 Prozent). Zudem leistet sich keine Gewerkschaft heute mehr einen frauenlosen Vorstand. Allerdings gibt es in den meisten Industriegewerkschaften wie der NGG, IG BAU, IGBCE sowie Transnet nur genau eine Frau in den Vorständen, die wahrscheinlich aufgrund einer informellen Quote dort ist. Unter den Industriegewerkschaften gibt es lediglich in der IG Metall seit Sommer 2004 eine Frau an einer bedeutsamen Stelle (Bezirksleiterin des Bezirks Küste) sowie eine Vertreterin im geschäftsführenden Bundesvorstand. Zwei weitere Bezirksleiterinnen finden sich bei Verdi (NRW und Berlin).

Der gestiegene Frauenanteil in den Gewerkschaftsvorständen hängt auch eng mit dem höheren Bildungsniveau der Vorstände zusammen. Wie die Tabelle zeigt hat heute fast die Hälfte der Gewerkschaftsvorstände ein Studium absolviert, davon ein Viertel über den zweiten Bildungsweg. Das ist zwar deutlich weniger als die deutsche Elite insgesamt, die zu 78 Prozent studiert hat (Kaina 2004: 11), aber deutlich mehr als noch in den siebziger Jahren. Der Anteil der Hochschulabsolventen unter den Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften von 1945–1975 betrug 10 Prozent (Jühe 1977: 13). Die Gewerkschaftsschulen, wie die Akademie der Arbeit in Frankfurt und die Sozialakademie in Dortmund, spielen bei der Ausbildung von Gewerkschaftseliten übrigens kaum eine Rolle. Nur 9 Prozent der Gewerkschaftsvorstände haben sie besucht.

Tabelle 1: Ausbildungsniveaus von Gewerkschaftsvorständen nach Gewerkschaften

	Betriebl. Ausbildung	Betriebl. plus Gewerkschaftsschule	Zweiter Bildungsweg	Studium	Gesamt
DGB	7	1	2	5	15
%	46,7%	6,7%	13,3%	33,3%	100,0%
IG Metall	3	2	5	4	14
%	21,4%	14,3%	35,7%	28,6%	100,0%
IG BCE	6	2	0	1	9
%	66,7%	22,2%	,0%	11,1%	100,0%
Verdi	9	2	4	10	25
%	36,0%	8,0%	16,0%	40,0%	100,0%
NGG	3	0	0	0	3
%	100,0%	,0%	,0%	,0%	100,0%
GEW	0	0	1	9	10
%	,0%	,0%	10,0%	90,0%	100,0%
GdP	7	0	1	0	8
%	87,5%	,0%	12,5%	,0%	100,0%
IG BAU	5	2	2	1	10
%	50,0%	20,0%	20,0%	10%	100,0%
Transnet	4	0	0	0	4
%	100,0%	,0%	,0%	,0%	100,0%
DBB	0	0	0	7	7
%	,0%	,0%	,0%	100,0%	100,0%
Total	44	9	15	37	105
	41,9%	8,6%	14,3%	35,2%	100,0%

Quelle: Eigene Vollerhebung bis Ende 2004 unter 121 Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände von DGB, DGB-Gewerkschaften und DBB sowie Bezirksleiter von DGB, IG Metall, IG BCE und Verdi.

Unter den Frauen beträgt der Anteil der Hochschulabsolventinnen 79 Prozent, bei den Männern sind es lediglich 41 Prozent. Hier lassen sich deutlich unterschiedliche Karrierewege der Männer und Frauen in den Gewerkschaftsvorständen erkennen: Die Mehrheit der Frauen in den Gewerkschaftsvorständen hat studiert, tritt erst im Alter von über 30 Jahren in

den Dienst der Gewerkschaften ein (die Männer sind in der Mehrheit unter 30) und verbringt deutlich weniger als 20 Jahre als Funktionärin bis sie zum Vorstand gewählt wird. Ihre Karrierewege sind gebildeter und kürzer.<sup>13</sup> Sie sind vermutlich auch weniger durch betriebliches Engagement am Arbeitsplatz motiviert. Die Gewerkschaftskarriere ist eine alternative berufliche Aufstiegsmöglichkeit für Akademikerinnen, die ihre Aufstiegchancen in anderen Bereichen vielleicht schlechter einschätzen oder in Berufen sind, in denen sie keine Aufstiegchancen haben. Dies könnte z. B. bei der hohen Zahl der Sozialpädagoginnen und Lehrerinnen unter den Vorständen der Fall sein.

Unterschiede lassen sich auch zwischen den Gewerkschaften feststellen (Tabelle 1). Generell gilt, dass Gewerkschaften mit hohem Frauenanteil auch solche mit hohem Bildungsstand im Vorstand sind (insbesondere die GEW und Verdi). Gewerkschaften mit niedrigem Frauenanteil haben prinzipiell auch niedrigere Bildungsniveaus (z. B. IG BCE, NGG und Transnet). Insbesondere bei der IG BCE, in deren Mitgliederbereich die chemische Industrie mit einem sehr hohen Angestelltenanteil fällt, überrascht die starke Dominanz der betrieblich ausgebildeten Vorstände. Lediglich ein Bezirksleiter der IG BCE hat einen Hochschulabschluss.

Umgekehrt ist der hohe Anteil von Universitätsabsolventen bei der IG Metall erstaunlich, insbesondere solcher mit zweitem Bildungsweg. Dies könnte seine Ursache in der starken Politisierung der IG Metall seit den siebziger Jahren haben, die für politisch aktive Studenten als Arbeitgeberin zunehmend attraktiv wurde. Auch politisch aktive Schüler gingen zunächst in die Betriebe, um danach doch noch ein Studium aufzunehmen. In den anderen Industriegewerkschaften hat diese Politisierung und Öffnung gegenüber akademischen Unterstützern der Arbeiterbewegung in dieser Form nicht stattgefunden. Die damalige IG Chemie hat sich vielmehr gegen die Einflussnahme politischer Aktivisten gestäubt, während man ihnen in der IG Metall durchaus Raum für Aktivitäten bot.

Ein gutes Beispiel dafür ist der zweite Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber. Er hat 1969 nach dem Abitur eine Ausbildung zum Werkzeugmacher bei der Firma Kässbohrer absolviert und ging 1985 zum Studium der Philosophie und Geschichte nach Frankfurt/Main. Nach dem Studium wurde er hauptamtlicher Funktionär der IG Metall-Zentrale in Frankfurt, später Bezirksleiter im traditionell starken Bezirk Baden-Württemberg und sodann 2. Vorsitzender der IG Metall.

---

<sup>13</sup> Diesen Befund erbrachten auch schon frühere Untersuchungen der Vorstände (vgl. u. a. Grewe 1988).

Es spricht einiges für die These, dass sich die Gewerkschaften auf sehr organisationsspezifische Weise für gesellschaftliche Modernisierung öffnen. Anders als bei den Wirtschaftseliten, wo der klassenspezifische Habitus eindeutig über Herkunftsfamilie und Ausbildung definiert wird (vgl. Hartmann 2004), speist sich das Führungspersonal der Gewerkschaften aus zunehmend diversen biographischen Hintergründen. In den meisten klassischen Industriegewerkschaften mit Ausnahme der IG Metall ist die Sozialisation durch einen Facharbeiterberuf und Berufserfahrung als Arbeiter nach wie vor von Bedeutung. In den kleinen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wie Transnet, GdP und GEW kommt das Spitzenpersonal aus den vertretenen Berufen. Bei der sehr heterogenen Dienstleistungsgewerkschaft und dem DGB ist die Herkunft nahezu offen. Aus dem Rahmen fällt die IG Metall, die mittlerweile eine Mischung aus sehr unterschiedlichen Werdegängen in ihrem Vorstand hat. Hier treffen sich Akademiker, die gänzlich ohne Berufserfahrung Gewerkschaftsfunktionäre wurden, mit dem klassischen Gewerkschaftsführer, der sich nach seiner Lehre und einigen Jahren im Beruf von unten in der Gewerkschaft nach oben arbeitet.

## VI. Schluss

Moderne Gewerkschaften handeln immer in zwei Arenen: der Arena des Arbeitsmarktes und der Arena der Politik. Durch ihren Einfluss auf die Regulierung des Arbeitsmarktes über die Tarifpolitik erreichen sie Verhandlungspositionen, die sie in politische Macht umwandeln können. Zugleich haben sie auch direkte politische Macht über ihre Verflechtung mit politischen Parteien, ihre Vertretungen in Selbstverwaltungsgremien und Parlamenten sowie als große Interessengruppe.

Die deutschen Gewerkschaften erhalten ihre tarifpolitische Macht über einen weitgehenden Schutz im Arbeitsrecht, durch die verschiedenen Formen der Mitbestimmung und durch die Kartellierung der Gewerkschaftsstrukturen über die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte. Der Ausbau ihrer Macht auf dem Arbeitsmarkt basierte hingegen auf einer intensiven Verflechtung mit den großen Volksparteien, auf der massiven Wahrnehmung von politischen Mandaten im Parlament und der Erarbeitung eines sozialpolitischen Konsenses der für die Politik der Bundesrepublik maßgebend war.

Mit der Politisierung der Gewerkschaften in den späten sechziger bis Ende der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts setzte jedoch eine Entfremdung der Gewerkschaften von der Politik ein, die bis heute andauert.

Gewerkschaften ziehen sich von parlamentarischen Mandaten zurück, sie pflegen die Einheitsgewerkschaft nicht mehr; sie bekennen sich mehr oder weniger offen als Organisation zur Sozialdemokratie, die sie aber zugleich nicht mehr als wesentlichen Ort der politischen Gestaltung ansehen.

Von den beiden Arenen, Politik und Arbeitsmarkt, haben sich die deutschen Gewerkschaften tendenziell für das rechtlich abgesicherte Betätigungsfeld Arbeitsmarkt und Tarifpolitik entschieden. Das bedeutet nicht, dass sie unpolitischer geworden sind; ihre Politik ist jedoch parteienfremder geworden und orientiert sich stärker an Koalitionen und Allianzen außerhalb des Parteiensystems. Diese grundsätzliche Entwicklung ist jedoch in den Einzelgewerkschaften unterschiedlich ausgeprägt: die IG BCE orientiert sich am stärksten an gewerkschaftspolitischen Traditionen. Sie hat die meisten Abgeordneten in den Landtagen und ist der SPD stark verpflichtet. Sie ist gleichzeitig diejenige der wichtigen Industriegewerkschaften mit dem traditionellsten biographischen Profil ihrer Vorstände.

Bei IG Metall und Verdi ist dies nicht so. Die IG Metall hat sich durch die Öffnung zur Studentenbewegung politisch stark von der SPD entfernt. Verdi hat zum Teil die radikalere Politik der IG Medien und der HBV geerbt und zudem einen Vorsitzenden gewählt, der die traditionelle politische Verflechtung weder selbst erlebt hat noch aufgrund seiner Mitgliedschaft bei den Grünen das Verhältnis zur SPD weiterentwickeln kann. Beide Gewerkschaften sind zugleich offener gegenüber Frauen und damit auch akademischer geworden. Sie haben sich weiter von ihren Wurzeln entfernt als die Chemiegewerkschaft. Für den DGB gilt ähnliches. Damit ist die traditionelle Auffassung facharbeiterorientierter und politisch verzahnter Gewerkschaftsarbeit wie sie noch bei der Chemiegewerkschaft vorherrscht in die Minderheit geraten. Zum Vergleich: IG Metall und Verdi haben mit 5 Millionen Mitglieder weit mehr als die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland. Die IG BCE hat weniger als 800.000 Mitglieder.

Der Status der deutschen Gewerkschaften in der nationalen Elite ist damit brüchiger geworden, da die gesellschaftliche und politische Macht, auf der ihr Elitenstatus gründet, zu einem wesentlichen Teil auf ihrem direkten politischen Einfluss aufbaut. Gewerkschaften, die nicht mehr mit dem Parteiensystem verflochten sind und damit keinen direkten Einfluss auf politische Entscheidungen haben, werden es langfristig schwerer haben, den Zugang zur nationalen politischen Elite aufrecht zu erhalten. Dies gilt für den Personalaustausch, der bislang noch immer den Transfer von Gewerkschaftsfunktionären in politische Institutionen erlaubt. Es gilt aber auch für ihren Einfluss auf politische Entscheidungen. Die ersten Auswirkungen der parteipolitischen Enthaltensamkeit lassen sich bereits an der

Agenda 2010 beobachten, bei der die Gewerkschaften es innerhalb der Regierungsfraktion nicht vermocht haben, wesentliche Bestandteile zu modifizieren oder zu verhindern.

Eine wirkliche Bedrohung des Status der Gewerkschaften als Teil der nationalen Elite besteht in zwei Entwicklungen: Erstens durch eine Pluralisierung der Gewerkschaftslandschaft. Diese Entwicklung tritt dann ein, wenn die DGB Gewerkschaften stärker in Konkurrenz untereinander treten und die Arbeitsgerichte die Tariffähigkeit von Gewerkschaften nicht mehr zugunsten eines Kartells der Großorganisationen interpretieren. Sollte sich eine pluralistische Gewerkschaftsstruktur entwickeln, werden Fragen der Repräsentativität von Arbeitnehmervertretern, die heute schon in fragmentierten Gewerkschaftssystemen zu großen Konflikten führen, in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen virulent. Welche Gewerkschaft Vertreter in Aufsichtsräte, Selbstverwaltungsgremien und Verwaltungsgremien öffentlicher Anstalten entsenden darf, wäre damit keine offensichtliche Frage mehr, sondern würde in vielen Fällen die Arbeitnehmervertretung in solchen Gremien grundsätzlich in Frage stellen.

Zweitens durch die Professionalisierung der Politik und die damit verbundene Distanzierung zwischen Gewerkschaften und Parteien. Dies gilt insbesondere für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Hier wird der Raum für Selbstverwaltung durch die Tarifparteien und die Vertretung gesellschaftlicher Gruppen zunehmend kleiner. Die Reform der Bundesagentur für Arbeit hat bereits angedeutet, in welche Richtung institutionelle Reformen der Zukunft gehen werden. Gewerkschaftliche Beteiligung und Einflussnahme, die auch immer den Zweck der Legitimation dieser Systeme hatte, wird ersetzt durch ein professionelles Management komplexer Organisationen, das sich über einen effizienten Service am Kunden legitimiert.

Damit werden die Gewerkschaften nicht automatisch aus ihrer Position als Teilelite entlassen. Vielmehr kann man einen schleichenden Prozess der Verkleinerung des Anteils der Gewerkschaften an den nationalen und regionalen Parlamenten und auch an der nationalen Elite erwarten. Aufgrund der Konzentrationsprozesse ist bereits heute die Zahl der geschäftsführenden Vorstände nur noch halb so groß wie vor zwanzig Jahren. Der gewerkschaftliche Bedeutungsverlust, die weitere Konzentration der Organisationen aufgrund schwindender Ressourcen werden diese Gruppe weiter verkleinern. Vielleicht wird man im Jahre 2020 von den 50 Personen der deutschen Gewerkschaftselite sprechen, wo es heute noch 120 sind.

## Literatur

- Dahrendorf, Ralf (1968), *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München.
- Ebbinghaus, Bernhard (1993), *Labour Unity in Union Diversity. Trade Unions and Social Cleavages in Western Europe, 1890–1989*, PhD Dissertation, European University Institute Florenz.
- Grewe, Hartmut/Niedenhoff, Horst-Udo/Wilke, Manfred (1988), *Funktionärskarrieren im DGB: Zum Generationswechsel an der Spitze der DGB-Gewerkschaften*, Forschungsberichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 67, Melle.
- Hartmann, Michael (2004), »Eliten in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10, S. 17–24.
- Hassel, Anke (1999), »The erosion of the German system of industrial relations«, in: *British Journal of Industrial Relations*, Jg. 37, H. 3, S. 484–505.
- Hassel, Anke (2001), »The Problem of Political Exchange in Complex Governance Systems: The Case of Germany's Alliance for Jobs«, in: *European Journal of Industrial Relations*, Jg. 7, H. 3, S. 305–323.
- Hassel, Anke (2003), »Wer beherrschte die Gemeinwirtschaft? Unternehmenskontrolle in politischen Unternehmen«, in: Wolfgang Streeck/Martin Höpner (Hg.), *Alle Macht dem Markt? Fallstudien zum Ende der Deutschland AG*, Frankfurt a. M./New York, S. 93–117.
- Jühe, Reinhard (1977), *Soziale Herkunft und Aufstieg von Gewerkschaftsfunktionären. Eine empirische Untersuchung*, Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 13, Köln.
- Kaina, Viktoria (2004), »Deutschlands Eliten – Kontinuität und Wandel«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10, S. 8–16.
- Mills, Charles Wright (1962), *Die amerikanische Elite: Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten*, Hamburg.
- Sauer, Martina (2000), *Gesellschaftliche Steuerungschancen durch Elitenintegration. Kommunikation und Kooperation bundesdeutscher Funktionsträger vor dem Hintergrund funktionaler Differenzierung*, Opladen.
- Schnapp, Kai-Uwe (1997), »Soziale Zusammensetzung von Elite und Bevölkerung – Verteilung von Aufstiegschancen in die Elite im Zeitvergleich«, in: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf u. a., *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*, Opladen, S. 69–100.
- Streeck, Wolfgang (1994), »Pay Restraint without Incomes Policy – Institutionalized Monetarism and Industrial Unionism in Germany«, in: Ron Dore/Robert Boyer/Zoe Mars (Hg.), *The Return to Incomes Policy*, London/New York, S. 117–140.
- Streeck, Wolfgang/Hassel, Anke (2003), »Trade Unions as political actors«, in: John T. Addison/Claus Schnabel (Hg.), *International Handbook of Trade Unions*, London, S. 335–365.
- Trampusch, Christine (2003), »Ein Bündnis für die nachhaltige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme: Interessenvermittlung in der bundesdeutschen Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik«, MPIfG Discussion Paper 03/1, Köln, [http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg\\_dp/dp03-1.pdf](http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg_dp/dp03-1.pdf) [letzter Zugriff 31.10.2005].
- Trampusch, Christine (2004), »Von Verbänden zu Parteien. Der Elitenwechsel in der Sozialpolitik«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 35, H. 4, S. 646–666.



---

Witjes, Claus Winfried (1976), *Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen*, Berlin.

Zapf, Wolfgang (1965), *Wandlungen der deutschen Elite 1919–1961*, München.